Sie werden für die Festigung des Warschauer Vertrages wirken, der die Sicherheit der Bruderländer zuverlässig garantiert und ein wesentlicher Faktor der Politik des Friedens und der internationalen Sicherheit ist. Die DDR und Polen werden aktiv zur Realisierung der Zielprogramme im Rahmen des RGW beitragen und das Voranschreiten des Prozesses der sozialistischen ökonomischen Integration fördern.

Bei der Erörterung der internationalen Probleme unterstrichen beide Repräsentanten die Schlüsselrolle der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die auf die Vertiefung des Entspannungsprozesses und auf die Gewährleistung der internationalen Sicherheit im Interesse ihrer Völker und aller Völker Europas und der Welt gerichtet ist. Sie stimmten völlig mit der vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, getroffenen Einschätzung der internationalen Lage überein.

Erörtert wurden auch die Probleme, die im Ergebnis der auf der NATO-Tagung im Dezember getroffenen Entscheidung über die Produktion und Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa entstanden sind. Das ist ein grober Versuch, das Gleichgewicht der Kräfte, das sich in Europa herausgebildet hat, zu zerstören und stellt eine Bedrohung für die Sicherheit aller europäischen Völker und für den Weltfrieden dar.

Hervorgehoben wurde die besonders negative Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland in diesem Prozeß gespielt hat: Die Beschlüsse der NATO und die sie begleitende Propagandakampagne, die gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder gerichtet ist, sind die Ursache für die Verschärfung der Atmosphäre der internationalen Beziehungen.

Edward Gierek und Erich Honecker bekräftigten ihren entschiedenen Willen zur Fortsetzung des Prozesses der Entspannung und betonten, daß die gemeinsame Verantwortung aller Teilnehmerstaaten der KSZE für Frieden und Sicherheit die Erhöhung aller Anstrengungen in dieser Richtung gebietet. Sie sind der Meinung, daß die Verwirklichung der Initiative der Warschauer Vertragsstaaten zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in der gegenwärtigen politischen und militärischen Situation eine positive Wende in der internationalen Lage bringen könnte. Beide Repräsentanten brachten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die von Polen geäußerte Bereitschaft, diese Konferenz in Warschau durchzuführen, die Unterstützung aller Länder finden wird, die danach streben, auf dem Weg konstruktiver Gespräche und Verhandlungen die Entspannung zu schützen und den Rüstungswettlauf einzudämmen.

Sie äußerten die Hoffnung, daß die Vorschläge der sozialistischen Länder über die Aktualisierung der Zahlenangaben, die vor kurzem in Wien unterbreitet wurden, von den westlichen Staaten konstruktiv aufgenommen werden. Das